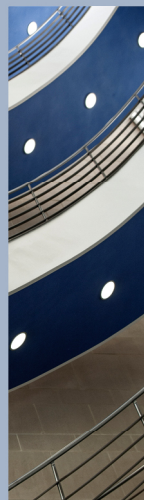


vbw

Die bayerische Wirtschaft



Position

Arbeitsprogramm 2018 der EU-Kommission – eine Bewertung

Stand: Januar 2018
www.vbw-bayern.de

Vorwort

EU-Politik muss Signale setzen

Die Europäische Union ist mit immensen Herausforderungen konfrontiert. EU-Politiker suchen mit Visionen zur Zukunft der EU einen neuen Weg, während die EU politisch und wirtschaftlich an Gewicht zu verlieren droht und Europaskeptiker sich im Aufwind befinden. Zwar konnten EU-Gegner bei den Wahlen im letzten Jahr in Frankreich und den Niederlanden zurückgedrängt werden, der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag, das erfolgreiche Abschneiden der FPÖ in Österreich oder der ANO in Tschechien zeigen jedoch, dass Populisten in Europa weiterhin Erfolge für sich verbuchen.

Die Antwort auf die anhaltende EU-Skepsis ist eine bessere EU, die sich auf ihre Stärken besinnt, ihren praktischen Nutzen für ihre Bürger beweist und schlank, aber gleichzeitig stark ist. Die EU-Institutionen dürfen daher nur das regeln, was die Mitgliedstaaten alleine nicht lösen können.

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. setzt sich dafür ein, dass die EU ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand bleibt. Mit diesem Positionspapier liefern wir eine Einordnung, inwieweit das vorliegende Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission der Wirtschaft und damit den Menschen in Europa dient, wo es aus unserer Sicht in eine falsche Richtung geht und welche Themen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Bertram Brossardt
10. Januar 2018

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Programm und Zielsetzung	3
2 Die Initiativen des Arbeitsprogramms	5
2.1 Annex I: Neue Initiativen	5
2.1.1 Initiative 2: Mehrjähriger Finanzrahmen (Zukunft der EU)	5
2.1.2 Initiative 4: Vollendung des digitalen Binnenmarktes	5
2.1.3 Initiative 5: Vollendung der Energieunion	6
2.1.4 Initiative 6 :Zukunft der Energie- und Klimapolitik (Zukunft der EU)	7
2.1.5 Initiative 7: Eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft	7
2.1.6 Initiative 8: Paket zur sozialen Gerechtigkeit	8
2.1.7 Initiative 10: Vollendung der Kapitalmarktunion	8
2.1.8 Initiative 12: Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion	9
2.1.9 Initiative 13: Vollendung der Bankenunion	10
2.1.10 Initiative 14: EU-Wirtschafts- und Finanzministers (Zukunft der EU)	10
2.2 Annex II: REFIT-Initiativen	11
2.2.1 Initiative 4: Anerkennung elektronischer Frachtpapiere	11
2.2.2 Initiative 6: TEN-V-Investitionen	11
2.2.3 Initiative 7: Allgemeines Verbrauchssteuersystem	11
2.3 Annex III: Vorrangig anhängige Vorschläge	12
2.3.1 Initiative 13: Freier Fluss nicht personenbezogener Daten	12
2.3.2 Initiative 22: Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP)	13
2.3.3 Initiative 27: Offenlegung von Ertragssteuerinformationen	13
2.3.4 Initiative 28: Automatischer Informationsaustausch bei der Besteuerung	14
2.3.5 Initiative 34: Reform der Eigenmittelverordnung	14
2.3.6 Initiative 40: Europäisches Einlagenversicherungssystem	15
Ansprechpartner / Impressum	17

Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Position auf einen Blick

Ein schlankes und starkes Europa

Das Arbeitsprogramm 2018 der EU-Kommission ist angesichts des Umfangs von rund 100 Initiativen, die neu vorgeschlagen, überarbeitet beziehungsweise in den verbleibenden Monaten bis zu den EU-Wahlen im Juni 2019 abgearbeitet werden sollen, sehr ambitioniert. Aus Sicht der vbw muss insbesondere darauf geachtet werden, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken sowie den Subsidiaritätsgrundsatz und die Souveränität der EU-Mitglieder zu wahren.

- **Mehrjähriger Finanzrahmen:**
Notwendig sind eine nachhaltige Weiterentwicklung, ein effizienter Mitteleinsatz und wachstumsorientierte Impulse. Überlegungen, die EU-Finanzausstattung durch neue Steuerlasten zu erhöhen, sind nicht zielführend.
- **Wirtschafts- und Währungsunion**
Zur Vermeidung einer Transferunion ist sicherzustellen, dass im Verhältnis der Mitgliedstaaten zur EU-Ebene die Verantwortung für Entscheidungen und die für den Umgang mit Folgekosten nicht getrennt werden. Der Ansatz, monetär stärkere Anreize für die Durchführung von Strukturreformen zu setzen, darf nicht dazu führen, dass auf nationaler Ebene notwendige Reformen von Gegenleistungen Dritter abhängig gemacht werden.
- **Sozialpolitik**
Die Ausgestaltung der Sozialpolitik ist Aufgabe der Mitgliedstaaten und muss sich an nationalen Gegebenheiten orientieren. Versuche, der EU hier mehr Spielraum bei der Gestaltung einzuräumen, sind abzulehnen. Kontrollen zur Einhaltung EU-weiter Regeln zur Mobilität können am effektivsten durch nationale Behörden gewährleistet werden.
- **Digitalisierung**
Bei der Stärkung des ordnungspolitischen Handlungsrahmens für Onlinegeschäfte und den fairen Wettbewerb im digitalen Raum ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Interessen der Unternehmen, die ihre Produkte im Internet präsentieren und vertreiben, und den Bedürfnissen der Plattformbetreiber zu beachten. Dasselbe gilt für die Beziehung von Suchmaschinenbetreibern zu Unternehmen. Zu begrüßen ist, dass das Thema Cybersicherheit angegangen wird. Generell ist bei Initiativen zur Cybersicherheit Eile geboten.
- **Energie- und Klimapolitik**
Die Vertiefung des Europäischen Energiebinnenmarktes und die Weiterentwicklung der Energieunion sind richtig. Maßnahmen, welche die Wahl eines Mitgliedstaats zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Ener-

gieversorgung erheblich berühren und damit maßgeblichen Einfluss auf Versorgungssicherheit und -qualität hätten, müssen weiterhin den Nationalstaaten vorbehalten bleiben. Politische Rahmenbedingungen müssen zudem eine kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung gewährleisten.

- Steuerpolitik,
EU-Vorhaben müssen sich damit auseinandersetzen, wo es mit Blick auf eine angemessene Besteuerung am Ort der Wertschöpfung wettbewerbsverzerrende Defizite gibt, und wie dem abgeholfen werden kann. Bestrebungen der Kommission, Vorgaben der Europäischen Verträge zum Einstimmigkeitsprinzip in steuerpolitischen Fragen zu umgehen, sind abzulehnen.

1 Programm und Zielsetzung

Abschluss der Legislaturperiode und Neuausrichtung einer EU mit 27 Mitgliedern

Die EU-Kommission hat im Oktober 2017 ihr Arbeitsprogramm *Agenda für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa* für das Jahr 2018 vorgelegt. Es ist vor den EU-Wahlen im Juni 2019 das letzte Arbeitsprogramm der amtierenden Kommission. Wie in den vergangenen Jahren gliedert es sich in folgende Bestandteile auf:

- Neue Initiativen (Annex I, 26 Initiativen)
- REFIT-Initiativen (Annex II, 12 Vorschläge zur Überprüfung geltender Rechtsvorschriften, um Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung zu gewährleisten)
- Vorrangig anhängige Verfahren (Annex III, 66 bereits im Gesetzgebungsverfahren befindliche Vorgänge, die vorrangig entschieden werden sollen)
- Zurückziehende Vorschläge (Annex IV, 15 Maßnahmen)
- Aufzuhebende Rechtsakte (Annex V, 3 Maßnahmen)

Die neuen Initiativen teilen sich in zwei Schwerpunkte auf: Zum einen möchte die EU-Kommission ihre Arbeit zum Ende der laufenden Legislaturperiode abschließen. Dabei orientiert sie sich weiterhin an ihren zehn Prioritäten, zu deren Umsetzung sie nach eigenen Angaben bereits mehr als 80 Prozent der Vorschläge vorgelegt hat. Mit 15 neuen Initiativen beabsichtigt sie nun, ihre Arbeit zu vollenden. Diese Initiativen sollen bis Mai 2018 vorgeschlagen werden, damit EU-Parlament und Rat genug Zeit haben, die Gesetze zu beschließen. Elf weitere Initiativen sind längerfristig ausgerichtet und befassen sich mit der Frage, wie die EU der 27 Mitglieder nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs Ende März 2019 und vor dem Zeithorizont 2025 gestaltet werden soll.

Die Prioritäten der EU-Kommission

Mit der Festlegung von Prioritäten konzentriert sich die EU-Kommission auf Initiativen, die zur Bewältigung der bestehenden Herausforderungen notwendig sind. Die Prioritäten bestehen seit Herbst 2014 und gelten für die gesamte Legislaturperiode.

- 1. Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen: Die Kommission sieht es als vorrangige Aufgabe an, die Arbeits-, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Geplante Maßnahmen sollen das Investitionsklima verbessern und für eine nachhaltige Entwicklung sorgen.*
- 2. Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt: Mit den Initiativen zur Digitalisierung sollen Fortschritte erzielt werden, um die Wachstumspotenziale verwirklichen zu können, die mit einem vollständig vernetzten Binnenmarkt verbunden sind.*

3. *Eine robuste Energieunion mit zukunftsorientierter Klimaschutzpolitik: Als eine wichtige Aufgabe betrachtet die Kommission die rasche Umsetzung des Pariser Übereinkommens von 2015. Dazu hat sie ein umfangreiches Regelwerk aufgesetzt, bei dem die Energieeffizienz obenan steht und eine weltweite Führungsrolle der EU bei erneuerbaren Energien angestrebt wird.*
 4. *Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis: Die EU verfügt über den größten Binnenmarkt weltweit, dessen Potenzial sich durch die Binnenmarktstrategie voll entfalten soll.*
 5. *Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion: Die wirtschaftspolitische Koordinierung der EU-Mitgliedstaaten soll mit dem Europäischen Semester weiter vorangetrieben und vollendet werden. Gleichzeitig sieht sich die Kommission zur Stärkung der sozialen Dimension verpflichtet.*
 6. *Ein ausgewogenes Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA: Aufbauend auf bestehenden Freihandelsabkommen will die Kommission die Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) fortsetzen. Ziele sind Wirtschaftswachstum, globale Wirtschaftsregeln und die Stärkung der transatlantischen Partnerschaft.*
 7. *Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte: Angesichts der bestehenden Terrorgefahr sollen die EU-Grenzen gesichert werden.*
 8. *Auf dem Weg zu einer neuen Migrationspolitik: Die Migrationsströme in die EU sollen bei gleichzeitiger Gewährleistung des erforderlichen Schutzes der Schutzsuchenden gesteuert werden. Die Freizügigkeit im Schengen-Gebiet soll wiederhergestellt werden.*
 9. *Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne: Ihrer großen wirtschafts- und handelspolitischen Bedeutung entsprechend soll die EU mehr internationale Verantwortung übernehmen.*
 10. *Eine Union des demokratischen Wandels: Eine bessere Rechtsetzung, Rechenschaft und Transparenz sollen verloren gegangenes Vertrauen der EU-Bürger wieder herstellen.*
-

2 Die Initiativen des Arbeitsprogramms

Binnenmarkt ausbauen und Potenziale heben

Mit den Initiativen sollen die bestehende EU-Gesetzgebung verbessert und deren Zweckmäßigkeit erhalten bleiben.

2.1 Annex I: Neue Initiativen

Der Annex I des Arbeitsprogramms enthält 26 neue Schlüsselinitiativen. Sie stellen das Grundgerüst für die Vorhaben bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Juni 2019 dar. Mit 15 Vorschlägen sollen die zehn Prioritäten der EU-Kommission umgesetzt werden. Sie werden bis zum Mai 2018 vorgelegt. Mit weiteren elf Initiativen wird der im März 2017 angestoßene Prozess zur Zukunft der EU weiter verfolgt. Mit Ausnahme des Vorschlags zum Mehrjährigen Finanzrahmen handelt es sich hier um nicht legislative Maßnahmen, die ab dem Frühjahr 2018 vorgestellt werden.

2.1.1 Initiative 2: Mehrjähriger Finanzrahmen (Zukunft der EU)

Zielsetzung der Initiative

Die für das zweite Quartal 2018 angekündigte Initiative zielt ab auf einen umfassenden Vorschlag in Bezug zur Ausgestaltung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Zeit nach 2020 sowie Vorschläge für die nächste Generation von Programmen und die neuen Eigenmittel der EU.

Bewertung aus Sicht der vbw

Der Finanzrahmen der EU muss nachhaltig in Richtung Investitionen und Innovationen sowie Absicherung angepasster Aufgabenspektren der EU weiterentwickelt werden. Im Vordergrund stehen müssen effizienter Mitteleinsatz und wachstumsorientierte Impulse der EU-Haushaltspolitik. Überlegungen, die Finanzausstattung der EU durch neue Steuerlasten für Bürger und Unternehmen zu verbessern, sind nicht zielführend.

2.1.2 Initiative 4: Vollendung des digitalen Binnenmarktes

Zielsetzung der Initiative

Die Initiative will die Beziehungen zwischen Unternehmen und Plattformen auf eine faire Basis stellen und die Leitlinien der Kommission zur Feststellung beträchtlicher Marktmacht in der elektronischen Kommunikation überarbeiten. Darüber hinaus soll eine EU-Agentur für Cybersicherheit geschaffen werden. Die EU-Kommission schlägt

weiter vor, ein Zertifizierungssystem für IKT-Produkte und Dienstleistungen zu etablieren.

Bewertung aus Sicht der vbw

Es ist zu begrüßen, dass die Kommission für die wettbewerbsrechtlichen Gefahren auf digitalen Märkten sensibilisiert ist. Dabei muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Interessen der Anbieter an Chancengleichheit und Transparenz einerseits und den Bedürfnissen der Plattformbetreiber am Schutz Ihrer Geschäftsgeheimnisse bestehen. Dasselbe gilt für die Beziehung von Suchmaschinenbetreibern zu den Unternehmen, die ihre Produkte im Internet präsentieren und vertreiben.

Zudem ist zu begrüßen, dass das Thema Cybersicherheit auf EU-Ebene angegangen wird, um die zunehmenden Herausforderungen im Cyberraum zu bewältigen. In diesem Sinne ist es richtig, das Sicherheitsniveau von IKT-Geräten durch eine europaweit einheitliche Zertifizierung zu verbessern. Generell gilt, dass in den Initiativen zur Cybersicherheit Eile geboten ist.

2.1.3 Initiative 5: Vollendung der Energieunion

Zielsetzung der Initiative

Mit der Initiative soll das Funktionieren des Energiebinnenmarktes verbessert und eine größere Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten festgelegt werden – hier insbesondere im Gasmarkt.

Die EU-KOM schlägt vor, in der EU-Gasrichtlinie klarzustellen, dass europäische energiepolitische Grundsätze, u. a. der Zugang Dritter, die Entgeltregulierung, die eigentumsrechtliche Entflechtung und Transparenzvorgaben für alle Gasleitungen, die in Drittländer hinein- bzw. aus Drittländern herausführen, bis zur Grenze des EU-Gebiets gelten. Die Änderungen sollen sicher stellen, dass alle größeren Pipelines, die in das Gebiet der EU führen, den EU-Vorschriften entsprechen, bei ihrem Betrieb die gleichen Transparenzvorgaben erfüllt werden, für andere Betreiber zugänglich sind und effizient betrieben werden.

Bewertung aus Sicht der vbw

Die Abhängigkeit der EU von Erdgasimporten nimmt zu. 2015 betrug der Anteil der Nettogasimporte am Gesamtgasverbrauch der EU fast 70 Prozent. Die Ausweitung der Wettbewerbs- und Transparenzregeln auf Gaspipelineverbindungen mit Drittstaaten kann daher zur Sicherung der Versorgung in der Gesamtunion beitragen. Die Regeln des Gasmarktes müssen grundsätzlich so gestaltet sein, dass sie eine sichere, preisgünstige und umweltverträgliche Versorgung mit Gas garantieren und dabei den Rahmen für einen fairen Wettbewerb aller Marktteilnehmer sicherstellen.

2.1.4 Initiative 6 :Zukunft der Energie- und Klimapolitik (Zukunft der EU)

Zielsetzung der Initiative

Die nicht-legislative Initiative wird erst im zweiten Quartal des Jahres 2018 vorgelegt und kann daher inhaltlich noch nicht im Detail dargestellt werden. Zu erwarten sind u. a. einzuleitende Vorschläge zur Weiterentwicklung der Energieunion bis 2025.

Die EU-KOM kündigt an, die Möglichkeit der Anwendung des Artikels 192 Absatz 2 Unterabsatz 2 AEUV zum Gegenstand der Mitteilung zu machen. Dies würde einen neuerlichen Diskurs über die Rolle der Nationalstaaten auslösen bzw. das in den Bereichen Energie-, Klima- und Umweltpolitik zur Anwendung kommende Entscheidungsverfahren (Einstimmigkeitsprinzip vs. Ordentliches Gesetzgebungsverfahren) anstoßen.

Bewertung aus Sicht der vbw

Die vbw begrüßt eine Vertiefung des Europäischen Energiebinnenmarktes und die Weiterentwicklung der Energieunion. Maßnahmen, welche die Wahl eines Mitgliedsstaats zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung erheblich berühren und damit maßgeblichen Einfluss auf Versorgungssicherheit und -qualität hätten, müssen auch weiterhin den Nationalstaaten vorbehalten bleiben.

2.1.5 Initiative 7: Eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft

Zielsetzung der Initiative

Die für das erste Quartal 2018 angekündigte Initiative will auf EU-Ebene Regeln zur Besteuerung der Gewinne schaffen, die multinationale Unternehmen durch die digitale Wirtschaft erzielen.

Bewertung aus Sicht der vbw

Ausgangspunkt dieser Initiative ist die Annahme, dass multinationale Unternehmen Gewinne aus digitalen Geschäften generell deutlich zu niedrig und zudem nicht in dem Land besteuern, in dem die Wertschöpfung stattfindet. Im Vordergrund steht weniger die Frage, ob Gewinne aus digitalen Geschäften ausreichend besteuert werden, sondern wer das Besteuerungsrecht dazu hat und möglicherweise sogar, ob sie stärker besteuert werden sollten als andere Gewinne. Schon die eingangs festgestellten Grundannahmen halten in dieser Verallgemeinerung einer näheren Prüfung nicht stand. Die politische Gemengelage führt auf EU-Ebene zur Diskussion von Besteuerungsmodellen, die die digitale Wirtschaft der EU in aller Breite belasten und in internationalen Vergleich steuerlich benachteiligen würden. Das würde den unerlässlichen Digitalisierungsprozess der europäischen Wirtschaft zurückwerfen. Solchen Entwicklungen muss mit aller Entschlossenheit begegnet und das Projekt auf seinen eigentli-

chen Kern zurückgeführt werden, nämlich die Auseinandersetzung damit, wo es bzgl. angemessener Besteuerung am Ort der Wertschöpfung bei der digitalen Wirtschaft tatsächlich wettbewerbsverzerrende Defizite gibt, und wie dem abgeholfen werden kann.

2.1.6 Initiative 8: Paket zur sozialen Gerechtigkeit

Zielsetzung der Initiative

Die EU-Kommission strebt an, dass soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmerrechte zum Markenzeichen des Binnenmarkts werden. Das Paket zur sozialen Gerechtigkeit soll hierzu einen wichtigen Impuls setzen. Besonders im Fokus stehen die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Mobilität der Arbeitnehmer und die Koordinierung der sozialen Sicherung. Die Kommission schlägt daher die Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde vor, die dazu dient, eine bessere Durchsetzung der Rechtsvorschriften zur Mobilität von Arbeitskräften zu erreichen. Flankierend dazu soll auch eine europäische Sozialversicherungsnummer eingeführt werden. So soll der Datenabgleich zwischen den Mitgliedstaaten und den Sozialversicherungsträgern erleichtert werden und Missbrauch verhindert werden.

Das Paket zur sozialen Gerechtigkeit umfasst zudem noch eine Initiative zum Zugang zu sozialer Sicherung für Selbstständige in atypischen Arbeitsverhältnissen sowie die Überarbeitung der Nachweisrichtlinie.

Bewertung aus Sicht der vbw

Für ein Paket zur sozialen Gerechtigkeit besteht keine Notwendigkeit, zudem hat die EU-Kommission kaum Kompetenzen im Bereich der Sozialpolitik. Die Ausgestaltung der Sozialpolitik ist Aufgabe der Mitgliedstaaten und muss sich an nationalen Gegebenheiten orientieren. Das Paket zur sozialen Gerechtigkeit muss als klarer Versuch gewertet werden, der EU mehr Spielraum bei der Gestaltung der Sozialpolitik einzuräumen, das ist abzulehnen. Initiativen wie z. B. die Europäische Arbeitsmarktbehörde sind auch nicht zielführend, denn die Kontrolle, ob europaweite Regeln zur Mobilität eingehalten werden, kann am effektivsten durch die nationalen Behörden gewährleistet werden, nicht durch eine neue supranationale Organisation auf europäischer Ebene. Die Ausweitung der Nachweisrichtlinie ist insgesamt abzulehnen. Diese verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip der EU und ist außerdem unnötig und übermäßig bürokratisch.

2.1.7 Initiative 10: Vollendung der Kapitalmarktunion

Zielsetzung der Initiative

Im Rahmen ihrer Arbeit an der Kapitalmarktunion will die Europäische Kommission im ersten Quartal 2018 einen Aktionsplan für nachhaltige Finanzen vorlegen, der auch

regulatorische Maßnahmen enthält, einen Vorschlag für einen EU-Rahmen zu Crowdfunding und Peer-to-peer-Finanzierung auflegen, einen europäischen Rahmen für gedeckte Schuldverschreibungen schaffen sowie eine Initiative zur Verringerung der Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb alternativer Investmentfonds und OGAW vorlegen. Im vierten Quartal 2018 geht es an die Überarbeitung des Rahmens für Investmentgesellschaften.

Bewertung aus Sicht der vbw

Die Vollendung der Kapitalmarktunion verbessert die Finanzierungssituation in der EU und die Investitions- und Wachstumsperspektiven im Europäischen Binnenmarkt insgesamt. Die Einzelmaßnahmen müssen dennoch jeweils nach Vorlage auf Basis einer sorgfältigen Folgenabschätzung gründlicher Prüfung unterzogen werden. So würden angedachte Nachhaltigkeitsanforderungen bei der Unternehmensfinanzierung als indirekte Regulierung der Realwirtschaft wirken und deren Innovationsfähigkeit bedrohen. Hier ist größte Zurückhaltung geboten.

2.1.8 Initiative 12: Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion

Zielsetzung der Initiative

Mit der Initiative, zu der die Europäische Kommission schon am 06. Dezember 2017 eine Mitteilung vorgelegt hat, soll der europäische Stabilitätsmechanismus in einen dem EU-Recht unterliegenden europäischen Währungsfonds umgestaltet werden. Für den Euroraum sollen eigene Haushaltslinien geschaffen werden, und zwar für Strukturreform-Hilfe, Stabilisierung, Letztsicherung für die Bankenunion und als Konvergenz-instrument, mit den Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören, Hilfen für den Weg zum Beitritt erhalten können. Zudem soll der Vertrag über Stabilität, Koordination und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion in das EU-Recht integriert werden.

Bewertung aus Sicht der vbw

Im Zuge der Weiterentwicklung der Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion muss es vorrangiges Anliegen sein sicherzustellen, dass im Verhältnis der Mitgliedstaaten zur europäischen Ebene die Verantwortung für Entscheidungen und die für den Umgang mit Folgekosten nicht getrennt werden. Alle oben aufgeführten Projekte müssen sich diesem Maßstab zwingend unterordnen. Andernfalls entwickelt sich die EU möglicherweise zu einer Transferunion, deren Lasten keine der starken Volkswirtschaften mit ihren Unternehmen tragen kann.

Zur Frage neuer budgetärer Instrumente gibt es noch zahlreiche Fragen, die offen aufgearbeitet werden müssen. Zur Beurteilung der Überlegungen der Kommission zur makroökonomischen Stabilisierung fehlen noch wichtige Details. In der Abwägung verschiedener Instrumente scheint die EU-Kommission mittlerweile von einer europäischen Arbeitslosenversicherung abzurücken und zu einem Investitionsschutzmecha-

nismus zu tendieren, der verhindern soll, dass Mitgliedstaaten in Schwierigkeiten in erster Linie Investitionen kürzen. Das ist diskussionswürdig.

Der in der Initiativenplanung angelegte Ansatz, monetär stärkere Anreize für die Durchführung von Strukturreformen zu setzen, darf nicht dazu führen, dass auf nationaler Ebene notwendige Reformen von Gegenleistungen Dritter abhängig gemacht werden. Bzgl. der Anreiz- und Transferwirkung hoch problematisch ist es in vergleichbarem Sinn, dass die EU-Kommission eine automatische Mittelvergabe basierend auf Indikatoren in den Raum stellt.

2.1.9 Initiative 13: Vollendung der Bankenunion

Zielsetzung der Initiative

Die Europäische Kommission will im ersten Quartal 2018 Vorschläge zur Entwicklung von Sekundärmärkten für notleidende Kredite und zum Schutz gesicherter Gläubiger gegen den Ausfall von Schuldner-Unternehmen vorlegen und schließlich einen Rahmen für die Entwicklung EU-staatsanleihebesicherter Wertpapiere schaffen.

Bewertung aus Sicht der vbw

Der Abbau notleidender Kredite ist vor allem für die von der Finanzmarktkrise besonders betroffenen Länder eine Priorität. Der marktwirtschaftliche Ansatz, dies über Asset Management Gesellschaften an den Sekundärmärkten ohne Beteiligung des Steuerzahlers voranzutreiben, ist zu begrüßen. Ein Rechtsrahmen für mit Staatsanleihen aus der EU besicherte Wertpapiere ist mittelfristig sinnvoll, darf jedoch nicht zur Einführung von Eurobonds mit gemeinsamer Haftung über die Hintertüre führen.

2.1.10 Initiative 14: EU-Wirtschafts- und Finanzministers (Zukunft der EU)

Zielsetzung der Initiative

Die Europäische Kommission will die Schaffung eines ständigen und demokratisch rechenschaftspflichtigen europäischen Wirtschafts- und Finanzministers vorantreiben.

Bewertung aus Sicht der vbw

Grundsätzlich kann die Bündelung des Amtes des Wirtschafts- und Währungskommissars mit dem des Vorsitzenden der Eurogruppe die Kohärenz der EU mittelfristig stärken. Ein solcher Schritt wäre ohne Vertragsänderungen möglich. Die Rolle wäre dann die eines Koordinators ohne Budget und Steuerkompetenzen.

Die Bezeichnung „Finanzminister“ schafft zu hohe Erwartungen. Dem muss durch eine qualifizierte Auseinandersetzung damit vorgebeugt werden, wie die subsidiäre wirtschafts- und finanzpolitische Verantwortung der EU gegenüber ihren Mitgliedstaaten

weiterentwickelt werden sollte. Mit dem Amt in der derzeitigen Debatte verbundene politische Gestaltungsansprüche gehen teils über das sinnvolle Maß hinaus.

2.2 Annex II: REFIT-Initiativen

Im Annex II werden bereits bestehende EU-Vorschriften genannt, die überprüft und gegebenenfalls aktualisiert werden sollen, damit sie ihre Ziele möglichst effizient und mit geringerem bürokratischen Aufwand erreichen können.

2.2.1 Initiative 4: Anerkennung elektronischer Frachtpapiere

Zielsetzung der Initiative

Durch die Förderung der Anerkennung elektronischer Frachtpapiere und deren breitere Verwendung durch Frachtführer sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung im Verkehrssektor besser genutzt werden.

Bewertung aus Sicht der vbw

Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind so einzusetzen, dass in der Praxis weniger bürokratischer Aufwand entsteht und die Kosten für Unternehmen sinken.

2.2.2 Initiative 6: TEN-V-Investitionen

Zielsetzung der Initiative

Im transeuropäischen Verkehrsnetz sollen Vorhaben schneller durchgeführt werden können.

Bewertung aus Sicht der vbw

Eine schnellere Durchführung von Vorhaben im transeuropäischen Verkehrsnetz ist für eine moderne Verkehrsinfrastruktur ein wichtiger Bestandteil. Die Einzelmaßnahmen müssen so ausgestaltet sein, dass eine Verringerung der Projektlaufzeit erreicht werden kann.

2.2.3 Initiative 7: Allgemeines Verbrauchssteuersystem

Zielsetzung der Initiative

Die Europäische Kommission will die über das allgemeine Verbrauchsteuersystem mit dem Ziel überarbeiten, Zoll- und Verbrauchsteuervorschriften einander anzunähern, die

Rechtssicherheit zu erhöhen und eine einheitliche Anwendung des EU-Rechts sicherzustellen.

Bewertung aus Sicht der vbw

Die von der Europäischen Kommission angestrebte Zielsetzung ist sinnvoll. Im Vordergrund der Initiative müssen Rechtssicherheit und Bürokratieabbau stehen. Höhere tarifliche Lasten dürfen sich aus der Initiative nicht ergeben.

2.3 Annex III: Vorrangig anhängige Vorschläge

Im Annex III sind 66 prioritäre, noch im EU-Gesetzgebungsprozess befindliche Vorschläge aus den letzten zwei Jahren aufgeführt, die durch Parlament und Rat zügig und bis zur EU-Wahl im Juni 2019 angenommen werden sollen.

Ein Großteil dieser laufenden Verfahren ist bereits im vbw Positionspapier Starkes Bayern – starkes Europa (Stand: Dezember 2017) beschrieben und dort bewertet. So sind hier nur die darüber hinausgehenden Initiativen aufgeführt.

2.3.1 Initiative 13: Freier Fluss nicht personenbezogener Daten

Zielsetzung der Initiative

Am 13. September 2017 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union vorgelegt.

Der Verordnungsentwurf legt den Grundsatz des freien Verkehrs nicht personenbezogener Daten in der Union fest. Dieser Grundsatz verbietet jegliche Datenlokalisierungsaufgaben, es sei denn, diese sind aus Gründen der öffentlichen Sicherheit gerechtfertigt. Festgelegt werden ferner die Überprüfung bestehender Auflagen, die Mitteilung verbleibender oder neuer Auflagen an die Kommission sowie Transparenzmaßnahmen. Des Weiteren enthält der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission Regelungen zur Verfügbarkeit von Daten für ordnungspolitische Kontrollzwecke der zuständigen Behörden. Danach darf der Zugang zuständiger Behörden zu Daten nicht mit der Begründung verweigert werden, dass die Daten in einem anderen Mitgliedstaat gespeichert oder anderweitig verarbeitet werden. Außerdem soll die Entwicklung von Verhaltensregeln für die Selbstregulierung gefördert werden.

Bewertung aus Sicht der vbw

Die vbw begrüßt den Vorschlag der EU-Kommission, die nationalen Datenlokalisierungsaufgaben zu verbieten bzw. auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Denn eine datenbasierte Wirtschaft kann sich in der EU nur dann voll entwickeln, wenn Daten innerhalb der EU frei fließen können und nicht an Ländergrenzen Halt machen müssen.

2.3.2 Initiative 22: Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP)

Zielsetzung der Initiative

Die EU-Kommission verfolgt mit dem PEPP vier Ziele:

- Größere Auswahl und verbesserte Portabilität bei Altersvorsorgeprodukten für EU-Bürger
- Verbesserte Möglichkeiten für Anbieter von Altersvorsorgeprodukten europaweit entsprechende Vorsorgeprodukte anzubieten
- Für langfristige Investitionen in der Realwirtschaft steht mehr Kapital zur Verfügung, wenn EU-Bürger Altersvorsorge über ein PEPP betreiben
- PEPP soll dazu beitragen, Vorsorgelücken zu schließen und den Lebensstandard im Alter abzusichern

Bewertung aus Sicht der vbw

Der Vorschlag für ein standardisiertes europaweites privates Altersvorsorgeprodukt kann eine sinnvolle Ergänzung am Markt für Altersvorsorgeprodukte darstellen. Das gilt besonders für die Mitgliedsländer der EU, in denen die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge bislang unterentwickelt ist.

Eine EU-weite Harmonisierung der Rahmenbedingungen für private Altersvorsorge ist aber abzulehnen. So ist die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge der Sozialpolitik zuzuordnen und liegt damit im Verantwortungsbereich der Mitgliedsländer. Dem Subsidiaritätsgrundsatz nach, kann die EU in diesem Bereich kaum Vorgaben erlassen. Das Vorhaben muss daher kritisch begleitet werden, denn es darf nicht passieren, dass auf europäischer Ebene Vorgaben zur Ausgestaltung der Alterssicherungssysteme in den Mitgliedsländern gemacht werden.

2.3.3 Initiative 27: Offenlegung von Ertragssteuerinformationen

Zielsetzung der Initiative

Die EU-Kommission will die Richtlinie über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen ändern, und die Offenlegung von Ertragssteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen zu erreichen.

Bewertung aus Sicht der vbw

Dieser Vorstoß der Europäischen Kommission schert aus dem internationalen Konsens zur Eindämmung von Steuervermeidungsstrategien aus und gefährdet ihn damit. Er umgeht gezielt und bewusst Vorgaben der Europäischen Verträge zum Einstimmigkeitsprinzip in steuerpolitischen Fragen. Er beschädigt sowohl die wirtschaftlichen Interessen der EU als auch berechnete Schutzinteressen in ihr beheimateter Unternehm-

men, die wettbewerbsrelevante Steuerdaten preisgeben müssten. Das Projekt muss begraben werden.

2.3.4 Initiative 28: Automatischer Informationsaustausch bei der Besteuerung

Zielsetzung der Initiative

Die EU-Kommission will eine Meldepflicht für grenzüberschreitende wirksame legale steuerliche Gestaltungsmodelle einführen. Der Gesetzesvorschlag dazu ist schon weit vorangeschritten. Ausstehend ist lediglich eine Einigung im Rat zu einzelnen Aspekten des Richtlinienvorschlags, wie beispielsweise der Definition einzelner Kennzeichen, anhand derer bestimmt wird, ob ein Gestaltungsmodell meldepflichtig ist oder nicht. Wie lange dies noch dauern kann, ist unklar, da im Rahmen von Steuerangelegenheiten die Abstimmung im Rat einstimmig erfolgen muss. Voraussichtlich ist bis Mitte des Jahres mit einer Entscheidung zu rechnen.

Bewertung aus Sicht der vbw

Die vorgesehene Anzeigepflicht für grenzüberschreitende wirksame legale steuerliche Gestaltungsmodelle eignet sich nicht, um illegales Handeln zu erfassen. Sie führt zu hohem bürokratischen Aufwand und bei fehlender Bestimmtheit der Kriterien, die die Anzeigepflicht auslösen, zu erheblicher Rechtsunsicherheit. Unklar bleibt, welche Schlussfolgerungen aus den angezeigten Gestaltungen getroffen werden sollen – das Terrain illegaler Gestaltungen ist den Finanzverwaltungen gut bekannt, es wird bereits breit dagegen vorgegangen. Wenn dieser rechtsstaatlich schwierige Weg eingeschlagen wird, muss er auch mit einer klaren Aussage dazu verbunden werden, ob das angezeigte Verhalten seitens des Fiskus anerkannt wird oder nicht.

2.3.5 Initiative 34: Reform der Eigenmittelverordnung

Zielsetzung der Initiative

Die EU arbeitet im Sinne weiterer Stabilisierung der Finanzmärkte und sicherer Unternehmensfinanzierung an Reformen zur Verschuldungsquote, zur strukturellen Liquiditätsquote, zu Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten sowie zu Gegenparteiausfallrisiko, Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkrediten und Melde- und Offenlegungspflichten.

Bewertung aus Sicht der vbw

Die EU ist mit diesem Vorhabenpaket auf dem richtigen Weg, insbesondere bzgl. der Fortschreibung der Erleichterungen für Mittelstandskredite in den Eigenkapitalvorschriften der CRD IV. Besondere Vorsicht geboten ist bzgl. der Übergangsregelungen zur

sogenannten Liquiditätsquote sowie bzgl. der regulatorischen Anforderungen an kleine und mittlere Banken.

2.3.6 Initiative 40: Europäisches Einlagenversicherungssystem

Zielsetzung der Initiative

Die EU-Kommission will ein europäisches Einlagensicherungssystem für Banken schaffen.

Bewertung aus Sicht der vbw

Die Arbeit an einem europäischen Einlagensicherungssystem darf erst dann fortgesetzt werden, wenn die Mitgliedstaaten der EU ihre nationalen Verpflichtungen auf dem Feld erfüllt haben. Andernfalls würden national aufgehäufte Risiken vergemeinschaftet.

Ansprechpartner / Impressum

Volker Pitts-Thurm

Leiter Verbindungsbüro Brüssel

Telefon +32 (0) 2-500 57 81

Telefax +32 (0) 2-500 57 83

volker.pitts-thurm@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Januar 2018